

## **«Die Chancen wahrnehmen, die mit einem eigenen Erzbistum verbunden sind»**

Interview S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein mit  
Chefredaktor Günther Fritz, Liechtensteiner Vaterland

13. November 2007

---

**«Ich wünsche mir, dass wir eine klare Trennung von Kirche und Staat erreichen», erklärt Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein im Interview aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des Erzbistums Vaduz.**

*Durchlaucht, die völlig überraschende Errichtung des Erzbistums Vaduz, die am 2. Dezember 1997 bekannt gegeben wurde, hat für einige Turbulenzen im kirchlichen Leben Liechtensteins gesorgt, zu denen sogar eine Protestkundgebung anlässlich der Einsetzung von Erzbischof Haas am 21. Dezember gehörte. Wie sehen Ihre persönlichen Erinnerungen an diese Ereignisse vor zehn Jahren aus?*

**Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein:** Ich erinnere mich vor allem daran, dass die Erhebung Liechtensteins zum Erzbistum für alle sehr überraschend kam. Zu diesem Zeitpunkt waren weder die Bevölkerung und die Politik noch der Erzbischof selbst über diesen Entscheid des Vatikans sehr begeistert. Die verschiedenen Reaktionen waren stark von Emotionalität geprägt. So kam es zu der angesprochenen Protestaktion.

*Inwieweit wurde das Fürstenhaus vonseiten des Vatikans in die Entscheidung miteinbezogen, welche vom damaligen Landtagspräsidenten Peter Wolff «aus rein diplomatischer Sicht als ein eher unfreundlicher Akt» bezeichnet wurde?*

Das Fürstenhaus wurde in diese Entscheidung nicht mit involviert. Es gab einige Jahre davor allerdings ein Gespräch zwischen meinem Vater und Nuntius Karl-Josef Rauber, dem Vorgänger von Nuntius Oriano Quilici, in dessen Amtszeit die Errichtung des Erzbistums Vaduz fiel. Dabei stellte der damalige Nuntius Rauber neben vielen anderen Punkten auch die Frage in den Raum, ob die Ernennung Liechtensteins zu einem Erzbistum etwas Sinnvolles wäre. Der Fürst hat ihn darauf hingewiesen, dass diese Idee im Land wahrscheinlich nicht sehr positiv aufgenommen würde, es aber ein autonomer Entscheid der katholischen Kirche wäre und er sich daher in diese Angelegenheit nicht einmischen werde.

***In den Monaten nach der Errichtung des Erzbistums war in der politischen Diskussion immer wieder von einer Konkordatslösung die Rede. Weshalb kam es aus Ihrer Sicht nie dazu?***

In Liechtenstein nimmt die katholische Kirche ja in verfassungsrechtlicher und auch gesetzlicher Hinsicht eine ganz besondere Stellung ein. Ich vermute, dass sich deshalb eine Konkordatslösung nicht unbedingt aufgedrängt hat. Wenn uns eine klare Trennung von Staat und Kirche gelingt, wird eine Konkordatslösung auch in Zukunft nicht notwendig sein.

***Was hat sich nach Ihren persönlichen Erfahrungen in den zehn Jahren Erzbistum im kirchlichen Leben verändert? Polarisiert Erzbischof Wolfgang Haas?***

Neben den neuen kirchlichen Strukturen hat sicherlich die Gründung des Vereins für eine offene Kirche das kirchliche Leben verändert. Allerdings war die Spaltung der katholischen Kirche in ein romtreues Lager und in ein Lager, das seine Ausrichtung selbst bestimmen möchte, schon vorher vorhanden. Mit der Gründung des Erzbistums wurde diese Spaltung aber verstärkt und nach aussen sichtbar gemacht. Sie ist allerdings nicht ein speziell liechtensteinisches Phänomen, sondern auch in anderen deutschsprachigen Ländern zu beobachten.

***Im Schnitt entscheiden sich heute 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler an den weiterführenden Schulen für das überkonfessionelle Fach Religion und Kultur. Wie interpretieren Sie diese Entwicklung, bei welcher die Nachfrage nach einem konfessionellen Religionsunterricht massiv geschwunden ist?***

Wenn ich mich an meine Gymnasiumszeit erinnere, so konnte man in den letzten zwei Jahren zwischen den Fächern Religion und Ethik auswählen. Das war noch lange vor einem eigenen Erzbistum. Damals hatte man hauptsächlich danach entschieden, wo welcher Lehrer welches Fach gerade spannender unterrichtet hat. Und da gab es ein Jahr, in dem praktisch niemand Religion gewählt hat, sondern alle Ethikunterricht genommen haben. Das nächste Jahr hat es sich dann aber wieder anders dargestellt. Wenn man berücksichtigt, dass im Unterschied zu früher heute ein sozialer Druck besteht, nicht in den konfessionellen Religionsunterricht zu gehen, dann bin ich eigentlich überrascht, dass sich doch noch zehn Prozent der Schülerinnen und Schüler für den konfessionellen Religionsunterricht entscheiden.

***Am 2. Februar 1998 wurde der Verein für eine offene Kirche gegründet, um die religiöse Vielfalt aufrechtzuerhalten und die Errungenschaften der Kirche in den Arbeitsstellen bewahren zu helfen. Wie beurteilen Sie die Rolle des aus***

***dem Protest gegen die Auflösung der damaligen Dekanatsstrukturen erwachsenen Vereins für eine offene Kirche?***

Aus staatlicher Sicht bewerte ich jede religiöse Bewegung, die Menschen dazu aufruft, sich für Nächstenliebe und den Dienst an den Mitmenschen einzusetzen, als positiv. Es ist gut, wenn die Menschen dazu ermutigt werden, den Lebenssinn weiter zu sehen als nur in der Maximierung des persönlichen Lebensgenusses während der Zeit hier auf Erden.

***Sie haben in der Vergangenheit mehrfach auf die Notwendigkeit einer Trennung von Staat und Kirche hingewiesen. Welche Lösung stellen Sie sich hierbei auf Verfassungs- und Gesetzesebene vor?***

Bei einer klaren Trennung von Staat und Kirche müsste in der Verfassung eigentlich nur noch die Glaubens- und Gewissensfreiheit festgehalten werden und auf Gesetzesebene würde ein kurzes Rahmengesetz genügen. In diesem würden vor allem die öffentlich-rechtliche Anerkennung der Religionsgemeinschaften sowie ihre Finanzierung geregelt werden.

***Worin sehen Sie Lösungsansätze für eine sinnvolle finanzielle Entflechtung auf Gemeindeebene? Wie sollen hier künftig die Eigentumsverhältnisse ausgestaltet werden?***

Die Entflechtung sollte das Konfliktpotenzial auf Gemeindeebene möglichst reduzieren und klare Eigentumsverhältnisse bringen. Daher sollten die verschiedenen Güter jeweils nur einen Eigentümer haben, entweder die katholische Kirche oder die Gemeinde. Zusätzlich sollte das Eigentum mit der Benutzung übereinstimmen. Ich halte es nicht für sinnvoll, dass ein Gut im Eigentum der Gemeinde ist und die Kirche ist der Hauptbenützer dieses Eigentums oder umgekehrt. Das bringt weiterhin Konfliktpotenzial. Deshalb wäre es sicherlich zweckmässig, wenn die Kirchengebäude und die Pfarrhäuser in das Eigentum der Kirche übergehen und andere Bereiche, die hauptsächlich von den Gemeinden genutzt werden, von den Gemeinden erworben werden.

Wenn die Kirchengebäude in das Eigentum der Kirche übergehen, wäre es grundsätzlich sinnvoll, dass nicht nur die Anstellung der Priester, sondern auch jene der Mesmer oder Organisten durch die Kirche erfolgt. Da dies aber schwierige Personalfragen sind und sich die Situation in jeder Gemeinde anders stellt, wird man zwar eine Grundsatzregel für zukünftige Anstellungen suchen, für das bestehende Personal aber je nach Fall unterschiedliche Übergangslösungen finden müssen.

***Würde das bedeuten, dass die Löhne eines von der Kirche angestellten Mesmers oder Organisten dann aber ebenfalls von der Kirche bezahlt würden?***

Ja, das wäre die sauberste Lösung mit langfristig dem geringsten Konfliktpotenzial. Das entspräche auch einer Regelung, die alle Religionsgemeinschaften gleich behandelt. Wollte man sonst die verschiedenen Religionsgemeinschaften gleich behandeln, müsste man anfangen, die Pfarrhäuser der evangelischen Kirche zu verstaatlichen und ihr die Mesner und Organisten zu bezahlen. Sinnvoller ist es doch, wenn wir die Rolle des Staates, so wie in anderen Bereichen auch, reduzieren und ihn nicht mit zusätzlichen Aufgaben unnötig belasten.

***Inwieweit würde eine Abkehr vom Staatskirchentum von der Bevölkerung überhaupt akzeptiert werden?***

Ich denke schon, dass die Bevölkerung einen solchen Schritt begrüßen wird. Wir haben ja in jüngster Zeit auch eine Aufgabentrennung zwischen Land und Gemeinden durchgeführt, die als positiv beurteilt wird. Ich glaube, dass in der Bevölkerung durchaus der Wunsch vorhanden ist, dass der Staat nicht Aufgaben übernimmt, die genauso gut andere übernehmen können. Natürlich wird dem Staat weiterhin die Aufgabe zukommen, die Religionsgemeinschaften in dem Sinne zu beobachten, dass keine staatsgefährdenden Lehren verkündet werden. Aber sonst sollte sich der Staat, was die Religionsgemeinschaften betrifft, zurückziehen.

***Würde ein Ende der bisherigen Privilegierung der katholischen Kirche aber nicht eher eine Aufwertung der anderen Religionsgemeinschaften wie z. B. des Islams bedeuten?***

Ich würde dies nicht als eine Aufwertung der anderen Religionsgemeinschaften sehen. Letztendlich bedeutet das eine Aufwertung der katholischen Kirche. Seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil ist es doch gerade der ausdrückliche Wunsch der katholischen Kirche, eine möglichst klare Trennung vom Staat zu erreichen. Man ist in den letzten Jahrzehnten in den meisten Staaten ganz bewusst diesen Weg gegangen. Wir sind diesbezüglich heutzutage eher ein Sonderfall als die Norm.

***Eine klare Abtrennung vom Staat würde für die katholische Kirche aber auch gleichzeitig bedeuten, dass sie sich künftig selbst finanzieren müsste. Was sind für Sie zukunftsfähige Finanzierungsmodelle?***

Momentan werden drei verschiedene Finanzierungsmodelle diskutiert:

Erstens eine Finanzierung der Kirche durch Spenden. Das funktioniert in den USA ganz gut. In den europäischen Ländern haben wir aber eine andere Spendentradition und in Liechtenstein wäre das eher schwierig umzusetzen.

Zweitens eine Kirchensteuerlösung, wie sie in Deutschland gehandhabt wird. Diese halte ich nicht für sinnvoll, da sie zum Trittbrettfahren und zu unbefriedigenden Situationen führt. Denn ein Teil tritt aus der Kirche aus, um Steuern zu sparen, möchte dann aber trotzdem kirchlich getraut oder beerdigt werden. Ausserdem bringt die Registrierung der Gläubigen und der Kirchaustritte eine unnötige Bürokratie.

Drittens eine Mandatssteuer, bei der man selbst entscheiden kann, ob man einen Teil seiner heute schon zu zahlenden Steuer seiner Religionsgemeinschaft widmen möchte oder einem anderen guten Zweck. Dies wäre die beste Lösung für Liechtenstein. Allerdings sollten nichtgewidmete Steueranteile nicht einfach der Wohngemeinde oder dem Land zufallen, sondern als Alternative einem guten Zweck. Ansonsten entsteht wieder ein Interessenskonflikt, vor allem wenn die nichtgewidmeten Steueranteile den Gemeinden zufallen würden. Dann könnte leicht zwischen den Kirchen und Gemeinden der Vorwurf entstehen, dass Druck ausgeübt werde, damit die Steueranteile in die eine oder andere Richtung gewidmet werden.

***Sprechen Sie hier von einer Variante des italienischen Modells?***

Eine solche Mandatssteuer wäre im Grunde genommen das italienische Modell. Diese hat sich dort gut bewährt und wurde ausserdem in letzter Zeit in verschiedenen anderen Staaten wie zum Beispiel in Ungarn oder den baltischen Staaten erfolgreich übernommen. Ich denke, das wäre für die liechtensteinischen Verhältnisse die beste Lösung.

***Wie sieht ein realistischer Zeitplan für die Trennung von Staat und Kirche aus?***

Ich habe den Eindruck gewonnen, dass man vonseiten des Landes die Trennung von Staat und Kirche in nächster Zeit zu einem Abschluss bringen möchte. Was die Eigentumsregelung auf Gemeindeebene betrifft, wäre der Zeitpunkt im Moment sehr günstig, denn die Gemeindewahlen sind erst vor Kurzem über die Bühne gegangen. Solche Themen anzupacken, ist jetzt einfacher als vor den nächsten Gemeindewahlen. Aus meiner Sicht wäre es deshalb sinnvoll, dass man das Thema Trennung oder Entflechtung von Staat und Kirche im nächsten Jahr grundsätzlich zu Ende diskutiert, um dann die entsprechenden gesetzlichen Regelungen vorbereiten zu können.

***Der Islam ist die drittstärkste Religionsgemeinschaft in Liechtenstein. In einer Arbeitsgruppe, die sich mit der Integration von Muslimen befasst, ist man der Meinung, dass in der Frage eines islamischen Friedhofs in Liechtenstein keine zentrale Lösung wie in Vorarlberg angestrebt werden sollte, sondern***

***dass es besser wäre, islamische Grabfelder an die bestehenden Gemeindefriedhöfe anzugliedern. Was sagen Sie dazu?***

Die grundsätzliche Frage, ob sich Muslime auch hier in Liechtenstein begraben lassen dürfen, ist zunächst einmal mit einem klaren Ja zu beantworten. Wir haben mittlerweile sogar etliche Liechtensteiner Staatsbürger, die Muslime sind. Sich hier im Land begraben zu lassen, können wir den Muslimen zweifellos nicht verwehren.

Ob die Bestattung dann in einem zentralen Friedhof erfolgt oder angegliedert an die bestehenden Gemeindefriedhöfe, muss man zuvor in Gesprächen mit den muslimischen Religionsgemeinschaften sowie mit den Gemeinden klären. Da für die Muslime eine Mehrfachnutzung desselben Grabes nicht in Frage kommt, könnte es z.B. bei Friedhöfen, die in Gemeindezentren gelegen sind, mit der Zeit zu Engpässen kommen.

***Die Minarettfrage spaltet die Schweiz. Wie würde Liechtenstein nach Ihrer Einschätzung auf ein Baugesuch zur Errichtung einer Moschee samt Minarett reagieren?***

Grundsätzlich kann man nicht den Bau von Kirchen und Kirchtürmen in Liechtenstein erlauben und gleichzeitig den Bau von Moscheen und Minaretten verbieten. Allerdings ist es auch so, dass nicht jeder Bau gleich erlaubt werden muss, nur weil er einen religiösen Hintergrund hat. Das heisst, dass auch solche Bauten der Bauordnung, dem Zonenplan und den Anforderungen des Ortsbildes entsprechen müssen. Diesbezüglich wird man also jeden Einzelfall genau anschauen müssen.

***Was geschieht mit dem Erzbistum Vaduz nach der Ära Wolfgang Haas? Ist eine Rückkehr zum Bistum Chur überhaupt denkbar?***

Diese Frage müssten Sie besser in Rom stellen! Aber in Anbetracht der Geschichte der katholischen Kirche kann ich mir nicht vorstellen, dass Rom seine Entscheidung, Liechtenstein zum Erzbistum zu erheben, eines Tages wieder rückgängig machen wird. Der Vatikan hat in den letzten Jahrzehnten die Errichtung von eigenen Erzbistümern in Kleinstaaten gefördert. Denken Sie dabei nur an Monaco oder Luxemburg. Von daher gesehen halte ich es für unwahrscheinlich, dass unser Erzbistum wieder aufgelöst wird.

***Wird dann eines Tages wiederum der Papst direkt den Nachfolger von Wolfgang Haas bestimmen?***

Ich nehme an, dass diese Entscheidung direkt vom Papst getroffen werden wird. Das entspricht auch dem Weg, den man im Sinne einer klaren Trennung von

Kirche und Staat in den letzten Jahrzehnten gegangen ist. Bei uns gibt es ja auch keine alten Traditionen, die dem entgegenstehen.

***Durchlaucht, wie wird sich das Erzbistum Vaduz in den nächsten zehn Jahren entwickeln? Was würden Sie sich diesbezüglich wünschen?***

Ich wünsche mir, dass wir eine klare Trennung von Kirche und Staat erreichen, und dass wir uns weniger Gedanken machen, wie das Erzbistum entstanden ist, sondern vielmehr die Chancen wahrnehmen, die mit einem eigenen Erzbistum verbunden sind.

***Durchlaucht, herzlichen Dank für das Gespräch!***